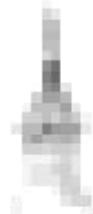


Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington



News aus Washington April 2004

Präsident Bush schlägt zurück – Kandidat Kerry unter Druck

Franz-Josef Reuter

Wahlkampf in den USA: Money, Money, Money – das liebe Geld entscheidet nicht selten über den Wahlausgang

Franz-Josef Reuter

Amerikanische Verbraucher fassen wieder Vertrauen

Wirtschaftswachstum von 5% prognostiziert

Franz-Josef Reuter

Die Transatlantische Allianz entwickelt sich weiter auseinander

Franz-Josef Reuter/Jana Krause

Strategieänderung: Pentagon will Militärbasen von Deutschland nach Osteuropa verlagern

Franz-Josef Reuter/ Katharina Rotha

Multinationale Friedenstruppe unter US-Führung übernimmt

Kontrolle in Haiti

Franz-Josef Reuter/Katharina Rotha

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

- **Präsident Bush schlägt zurück – Kandidat Kerry unter Druck**

John Kerry, Senator aus Massachusetts und seit dem sogenannten „Super Tuesday“ vom 3. März d.J. offizieller Herausforderer der Demokratischen Partei gegenüber George W. Bush um die US-Präsidentschaft, muß in den letzten Tagen zusehends feststellen, daß die Welt etwas anderes aussieht, wenn man plötzlich „der Kandidat“ ist. Wurde Kerry mit großem Medienspektakel von Sieg zu Sieg bei den Vorwahlen geradezu getragen, so muß der Kandidat jetzt feststellen, daß der Glorienschein der Erfolge verblaßt. Der politische Gegenwind schon zu Beginn der eigentlichen Wahlkampfauseinandersetzung bläst wesentlich rauer. Der Vorsprung in der Popularität, den sich Kerry durch die teilweise grandiosen Vorwahlsiege gegenüber Amtsinhaber George Bush erarbeiten konnte, beginnt dahinzuschmelzen. Die Gegenoffensive des Weißen Hauses schlägt sich bereits in den jüngsten Umfrageergebnissen von Ende März/Anfang April nieder: Eine von CNN-USA Today-Gallup veröffentlichte Erhebung unter registrierten Wählern zeigt Präsident Bush plötzlich mit 46 Prozentpunkten wieder knapp vor seinem frisch gekürten Herausforderer Kerry, der auf 45 Prozentpunkte kommt. Zum Vergleich: Unmittelbar nach dem Super Tuesday führte Kerry noch mit 50 zu 45 Prozent.

Das Pew Research Center, ebenfalls sehr renommiert in der Erforschung des Wählerverhaltens, sieht Kerry zwar noch mit 47 zu 46 Prozent knapp vorn, allerdings bescheinigt es dem Kandidaten der Demokraten einen starken Einbruch gegenüber der letzten Umfrage, die noch 53 zu 43 zugunsten von Kerry ausfiel. Andrew Kohut, Direktor des Pew Centers, sieht in der derzeitigen Entwicklung eine logische Konsequenz, zum Teil hervorgerufen durch die anlaufende Gegenkampagne des Präsidenten und zum Anderen durch die bei weitem geringer werdende Medienpräsenz von Kerry. In der Vorwahlauseinandersetzung, den Primaries und deren Debattenspektakel, sei Kerry allseits omnipräsent gewesen. Jetzt ebbe das öffentliche Interesse ab. Konsequenz: Bush holt zur Gegenoffensive aus und läßt sich die erste Wahlkampf-TV-Werbung gleich 20 Millionen Dollar kosten. Die Wirkung folgt sogleich. Die Bush-Kampagne versucht in geschickter Art und Weise dem Kandidaten Kerry das Image der Wankelmütigkeit anzuheften. „Who is or who isn't John Kerry?“, ist die geflügelte Frage die derzeit die TV-Werbung umtreibt und dabei gezielt auf Diskrepanzen und Ungereimtheiten in den politischen Standpunkten des Kandidaten Kerry, im Verlaufe seiner langjährigen Politikzugehörigkeit, abzielt. Kerry's Berater setzen darauf, daß der eingeräumte Schaden durch eine effiziente und konsistente Message begrenzt werden könne. Die Konzentration auf Wirtschaftspolitik, Gesundheits- und Bildungsfragen soll dazu dienen, diese Message herauszufiltern und somit Kompetenz gegenüber dem Wahlvolk vermitteln.

Knapp einem Monat nach der Entscheidung in der Kandidatenfrage sehen viele Wähler Kerry „als zu liberal“ und eine Mehrheit empfindet den demokratischen

Herausforderer plötzlich als jemanden, der seine Positionen zugunsten von politischer Opportunität aufgebe – beides sicherlich ein Produkt der Bush-Kampagne. Der Schaden für Kerry konnte durch die Kontroverse um das jüngst erschienene Buch von Richard A. Clarke, des früheren Chef-Mitarbeiters gegen Terrorismus im Weißen Haus, sowie dessen öffentliche Anhörung in der Untersuchungskommission zu den Angriffen des 11. Septembers 2001, etwas begrenzt werden. Bush erlitt dadurch einige Blessuren am Image des „starken Mannes“ gegen den Terrorismus. Nicht von ungefähr kommt daher die plötzliche Kehrtwende des Weißen Hauses mit dem Entschluß, die Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice jetzt doch vor der Untersuchungskommission öffentlich und unter Eid aussagen zu lassen. „Jetzt wird Klartext geredet“, entgegnet Präsident Bush und gibt an, angeordnet zu haben, nunmehr diesen Level der Kooperation zu beschreiten, um so das komplette Spektrum der Vorabläufe aufzudecken, welches letztlich zum Tod zahlreicher US-Bürger am 11. September 2001 geführt habe. Bush versucht damit, den potentiellen Schaden in der Terrorismusdebatte so gering wie möglich zu halten. Ein anderes Feld der Auseinandersetzung, welches die Wählerschaft sehr polarisiert, ist das Thema Abtreibung und Stammzellenforschung. Auch hier prallen die Gegensätze nur so aufeinander. Bush, von Hause aus gläubiger Evangelikaler, wird von allen Kirchenvertretern für seine klare Haltung gelobt. Der katholische Kerry indes sieht sich, auf Grund seiner liberalen Einstellung, immer lauter werdender Kritik der katholischen Bischöfe ausgesetzt.

In einem sind sich die Strategen einig: Bis zum Wahlsonntag, dem 2. November, wird es spannend bleiben. Die amerikanische Gesellschaft war selten so polarisiert wie zur Zeit, die Wahlkampagne wird noch viel Schmutz aufwirbeln und so manche Überraschung zu Tage treten lassen. Der erste Monat im Rennen um das Weiße Haus wurde soeben absolviert. Das prognostizierte Kopf-an-Kopf Rennen hat gerade erst begonnen. Präsident Bush, von vielen europäischen Medien schon als „outgoing President“ abgeschrieben, sollte dabei keinesfalls unterschätzt werden.

- **Wahlkampf in den USA: Money, Money, Money – das liebe Geld entscheidet nicht selten über den Wahlausgang**

Der angelaufene Präsidentschaftswahlkampf in den Vereinigten Staaten von Amerika verspricht der teuerste Wahlkampf aller Zeiten zu werden. US-Präsident George Bush hat für seine Kampagne bis dato (Stand: Anfang April'04) schon 170 Millionen Dollar eingenommen und über 50 Millionen ausgegeben. Der einst heiß gehandelte demokratische Herausforderer und Bewerber Howard Dean kam bis zu seinem Ausscheiden „nur“ auf 51 Millionen Dollar. Der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry hat bereits 46 der 59 Millionen Dollar, die er bislang einsammeln konnte, ausgegeben. Nach Angaben der Federal Election Commission von Ende März d.J., konnte Präsident Bush und die demokratischen Bewerber insgesamt 364 Millionen Dollar an Wahlkampfspenden verbuchen –

und der eigentliche Wahlkampf hat gerade erst begonnen. Daher sind sich die Experten einig, daß der Wahlkampf 2004 alle Rekorde brechen und als teuerster Wahlkampf aller Zeiten in die Geschichte der Vereinigten Staaten eingehen wird. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres konnten Bush (54 Mill.US\$) und Kerry (43 Mil.US\$) Rekordeinnahmen verbuchen.

Die jeweils im Zweijahresrhythmus stattfindenden Teilwahlen zum US-Kongress haben es finanziell ebenfalls in sich. Im Repräsentantenhaus belaufen sich die durchschnittlichen Wahlkampfausgaben pro Abgeordneten auf etwa 500.000 Dollar; im Senat liegen diese Ausgaben sogar bei vier Millionen Dollar. Den bislang teuersten Wahlkampf führte im Jahre 2000 der demokratische Senator John Corzine aus New Jersey. Corzine gab für seine Wiederwahl die Summe von sage und schreibe 63 Millionen Dollar aus – annähernd soviel, wie die 64,8 Millionen Euro, welche die deutschen Parteien SPD, CDU, FDP und GRÜNE zusammengenommenen für den Bundeswahlkampf 2002 ausgegeben haben. Volle 60 Millionen bezahlte der Multimillionär Corzine kurzerhand aus eigener Tasche.

Die Ursachen für die astronomisch hohen Wahlkampfkosten liegen allerdings im US-Wahlrecht begründet. Im Unterschied zu Deutschland sind die Parteien in den Vereinigten Staaten programmatisch nur sehr schwach ausgebildete Gruppen, die in erster Linie durch eine gemeinsame Weltanschauung zusammen gehalten werden. Es gibt keine nennenswerten Strukturen. Der Begriff Wahlverein ist zutreffender als der Begriff Partei. Die für einen Wahlkampf erforderlichen Strukturen müssen somit von den Wahlkämpfern individuell geschaffen und entsprechend aus eigener Tasche finanziert werden. Hinzu kommt, daß nur die Präsidentschaftskandidaten staatliche Förderung in Anspruch nehmen dürfen. Kongressabgeordnete hingegen sind völlig auf sich allein gestellt. Außerdem wird der Wahlkampf in den USA -wie nirgendwo sonst auf der Welt- über die Medien geführt. Jede Sendeminute müssen sich die Kandidaten teuer erkauen und dafür den gleichen Preis zahlen wie jeder Waschmittelhersteller. Vor allem das Ringen um Sendezeiten für Wahlkampfwerbung und eine stetig weiter ausufernde Medienpräsenz haben in den vergangenen Jahren zu einer regelrechten Explosion der Wahlkampfausgaben geführt. So wuchsen allein im Vergleich der beiden Präsidentschaftswahlkämpfe 1992 und 2000 die Gesamtausgaben von rund 100 Millionen Dollar auf 335 Millionen Dollar – eine Steigerung von 235 % in einem Zeitraum von nur acht Jahren!

Bei dem nicht einfachen Unterfangen, möglichst viel Geld für ihren Wahlkampf zu sammeln, stehen die Kandidaten einem engen, aber auch undurchsichtigen gesetzlichen Regelwerk gegenüber. Individualspenden an Politiker sind auf 95.000 Dollar pro Wahlperiode begrenzt. Von diesem Maximalbetrag dürfen lediglich 2000 Dollar direkt an den Kandidaten fließen. Dennoch findet der Rest auch seinen Weg zum Kandidaten – und zwar über ein Netzwerk von Helferorganisationen. Besonders trickreich ist die Spendenpraxis der

amerikanischen Unternehmen. Einem Gesetz noch aus dem Jahre 1907 zur Folge, dürfen US-Politiker keine Spenden von Unternehmen annehmen. Die Gelder müssen daher einen kleinen Umweg in Kauf nehmen und wird durch sogenannte „Political Action Committees“ (PAC's) beschriften. Diese rechtlich als unabhängig geltenden PAC's, deren Gründung die Unternehmen selbst anregen, sammeln die Geldspenden ein und spenden dann ihrerseits an die Kandidaten. Zwar ist die Höchstsumme, die an PAC's gespendet werden darf, auf 25.000 Dollar begrenzt, jedoch nicht die Anzahl der PAC's. Dieser Sachverhalt führt natürlich dazu, daß es eine wahre Inflation von PAC's gibt. In der Regel bestehen diese PAC's allerdings defacto nur aus einem Bankkonto. Der Kandidat nutzt dann diese Gelder, um den Stab und die Organisation zu finanzieren, die ihm helfen, seinen Wahlkampf umzusetzen. Interessant ist auch die Tatsache, daß die spendenden Unternehmen penibel Buch darüber führen, welcher Abgeordnete zu welchen Themen wie abgestimmt hat. Nicht von ungefähr kommt daher, daß Lobbyismus und Politik in den USA sehr eng vernetzt sind. Ein Abgeordneter stellt sich danach häufig sehr schnell als gewinn- bzw. verlustbringend für die jeweils spendenden Unternehmen heraus.

- **Amerikanische Verbraucher fassen wieder Vertrauen
Wirtschaftswachstum von 5% prognostiziert**

Das Vertrauen der amerikanischen Verbraucher in die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes ist im Monat März, nach Berechnungen der Universität Michigan, weiter angestiegen. Der entsprechende Index stieg demnach im Monat März auf 95,8 (Februarwert: 94,4) Punkte. Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Volkswirte hatten demgegenüber im Schnitt eher mit einem leichten Rückgang auf 93,7 Zähler gerechnet. Der von Anlegern und Volkswirten stark beachtete Index des Verbrauchertrauens der Universität Michigan gilt als wichtiger Indikator und als Konjunkturbarometer, welches die Stimmung und das Kaufverhalten der amerikanischen Verbraucher im Voraus anzeigt. Immerhin machen die Konsumentenausgaben rund zwei Drittel der gesamtwirtschaftlichen Leistung der Vereinigten Staaten aus. Angaben aus Finanzkreisen zur Folge verläuft auch der Index der Erwartungen für die nächsten zwölf Monate positiv und stieg auf 88,8 (Februar 88,5) Zähler.

Trotz des von Kritikern vielfach als „beschäftigungslös“ bezeichneten Aufschwungs in den USA haben die amerikanischen Verbraucher bisher ihren Konsum nicht eingeschränkt. Dieses untermauern die Analysen der Universität Michigan und bestätigen die jüngsten Umsatzzahlen der Einzelhandelsunternehmen. Zum Vergleich: Schon während des vorangegangenen Abschwungs im Jahr 2001 hatten sich Befürchtungen nicht bestätigt, der Konsum werde aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen

einbrechen. Stattdessen hatten sich die Verbraucher auch seinerzeit –allerdings unter umgekehrten Vorzeichen- als wichtige Stütze für die Konjunktur erwiesen.

Die Verschuldung der amerikanischen Haushalte wächst indes weiter an. Die Verschuldungsrate kletterte zwischen Dezember und Januar, mit einer auf das Jahr hochgerechneten Rate von 8,6 %, und erzielt inzwischen ein Gesamtvolumen von mehr als zwei Billionen Dollar. Die Kommentare darüber, ob diese hohe Verschuldung der privaten Haushalte eine Gefahr für die Wirtschaft darstelle, sind geteilt. Alan Greenspan, der Chef der amerikanischen Notenbank Fed, argumentiert beschwichtigend, indem er feststellt, das Risiko sei recht gering, da sich nicht nur die Verschuldung, sondern auch das Vermögen vieler Amerikaner, beispielsweise in Form von Immobilienbesitz, in den vergangenen Jahren deutlich erhöht habe.

„Die Fed wird mit einer Leitzinserhöhung solange warten, bis sich auf dem Arbeitsmarkt eine nachhaltige Verbesserung bemerkbar macht“, wird der Chefökonom der Investmentbank Barklays Capital, Henry Willmore, zitiert. Nach dessen Einschätzung werde die Zentralbank nicht, wie erwartet, schon im Frühjahr, sondern erst in den Sommermonaten, ein deutliches Signal für eine Leitzinserhöhung aussenden. Den Währungshütern wird unterstellt, daß sie gewiß noch zwei Monate mit Stellenzuwachsen von ca. 200.000 abwarten, bevor sie die Märkte endgültig auf eine restriktive Politik einstellen werden.

Eine Erklärung dafür, daß sich an den Aktienmärkten bisher noch keine ernsten Zweifel am Aufschwung bemerkbar machen –der Dow Jones liegt bei soliden 10.500 Punkten- wird darin gesehen, daß die relativ schwachen Arbeitsmarkterfolge eine Folge eines fortgesetzt hohen Produktivitätsfortschritts in den Unternehmen selbst seien. Zwar sei mit einem Rückgang der Produktivitätszuwächse zu rechnen, jedoch geschiehe dieses vielleicht langsamer, als angenommen. Wenn dem so ist, ist diese Entwicklung keine schlechte Nachricht für die amerikanische Konjunktur. Aber es bedeutet natürlich, daß derzeit in erster Linie die Unternehmen und nicht so sehr die Arbeitnehmer vom Aufschwung profitieren.

Vielen amerikanischen Unternehmen gelingt es bisher, der steigenden Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen durch Verbesserung der Produktionsabläufe und ohne die Einstellung zusätzlichen Personals zu begegnen. Die ökonomische Faustregel, daß gewöhnlich höheres Wirtschaftswachstum automatisch auch zu Beschäftigungswachstum führt, wird damit –zumindest temporär- außer Kraft gesetzt. Führende Ökonomen sagen für das laufende Jahr 2004 ein Wirtschaftswachstum von 5 Prozent für Amerika voraus. Bis zum Sommer werde die Arbeitslosenquote von derzeit 5,6 auf 5,3% fallen und somit die Faustregel zumindest teilweise bestätigen können. Zahlen, die im Vergleich zu den europäischen Wachstums- und Arbeitsmarktprognosen, Anlaß zu weiterem Optimismus geben.

- **Multinationale Friedenstruppe unter US – Führung übernimmt Kontrolle in Haiti**

Nach den wochenlangen gewalttätigen Ausseinandersetzungen in Haiti wird in den Einsatz internationaler Truppen grosse Hoffnung gelegt. Nach dem Rücktritt von Präsident Jean Betrand Aristide beherrschen allerdings nach wie vor bewaffnete Gangs den Grossteil des Landes. Mit Hilfe der US geführten multinationalen Friedenstruppe soll nun versucht werden, die befeindeten pro- und anti- Aristide Gruppierungen unter Kontrolle zu bekommen. Nach Meinung von US-General James Hill verhinderte das schnelle Eingreifen der Truppen weiteres Chaos. Nun sei es wichtig, Stabilität sicherzustellen. Die Friedenstruppe besteht aus französischen, kanadischen, chilenischen und amerikanischen Verbänden. Ihre Mission, so Major Xavier Pons, Sprecher der französischen Truppen in Port-au-Prince, sei Präsenz zu zeigen und der lokalen Polizei Hilfe und Unterstützung zu bieten.

Indes zeigt sich die Bush Administration verärgert über Jamaica's Entscheidung, dem ehemaligen haitianischen Präsidenten Asyl zu gewähren. Sollte Aristide's Rückkehr in die Karibikregion neues Blutvergiessen in Haiti nach sich ziehen, wird man, US Behörden zu Folge, in Betracht ziehen, den Kongress um Erlaubnis zu bitten, Restriktionen gegen Jamaica zu verhängen. Humanitäre Unterstützungen sollen allerdings bislang nicht eingestellt werden.

US-Kreisen zu Folge hat dieses Ereignis die Beziehung zwischen der USA und der karibischen Staatengemeinschaft CARICOM beschädigt. Vor allem die Tatsache, dass CARICOM Aristide's Vorwurf glauben schenkt, die USA habe ihn gezwungen, zurückzutreten und er sei demnach vom US Militär gekidnappt worden, verärgert die US Regierung. Colin Granderson, CARICOMs Assistant Secretary General for Foreign Relations (Auslandsbeziehungen), bestritt derweil den Vorwurf, das Verhältnis zwischen der USA und den Karibikstaaten sei angespannt.

Kritik am Verhalten der Katholischen Kirche

Trotz der jahrelangen Vorwürfe von Menschenrechtsverstößen in Haiti, duldet die Katholische Kirche Aristides Vorgehen grösstenteils kritiklos. Bischof Huire Poulard beschuldigt Ex-Präsident Aristide zwar als korrupt und der Förderung von Gewalt und Drogenhandel. Innerhalb der geistlichen Oberschicht jedoch stand Bischof Poulard mit dieser offenen Kritik bisher allein. Hohe Geistliche der Katholischen Kirche in Haiti blieben stumm, trotz der zunehmend gewalttätigen Herrschaft der Regierung. Die Frage ist, aus welchem Grund die Kirche ihre Augen vor diesen staatlich gelenkten Gewalttaten verschloss. Die übliche Antwort passt auch hier: Abhängigkeit und Macht. Die Gehälter und kirchliche Projekte werden mittels staatlicher Zuschüsse unterstützt, wodurch sich eine unmittelbare Abhängigkeit zu Aristide's Regierung ergab. Nach dessen Wiederwahl im Jahre 2000, erhöhte Aristide beispielsweise die staatlichen

Gehaltszuschüsse für kirchliche Würdenträger um das 5fache. Edouard Paultre von der Protestant Federation of Haiti sagt, die Kirche sei in einer moralischen Einbahnstrasse festgefahren. Sie müsse gegen die Gewalt beten und lehren, allerdings mit höchster Vorsicht, da die Kirche in Haiti quasi dem Staat gehöre. Auf Grund ihrer zögerlichen Kritik, gibt Bischof Poulard auch der Kirche Mitschuld an den Gewalttaten in Haiti. Wäre man von Anfang an engagiert und heftig gegen Aristide eingeschritten, hätte die Gewalt und das Leiden welches den Haitianern widerfahren sei, verhindert werden können.

US-Karibische Spannungen

Die Beziehungen zwischen der USA und den Karibikstaaten waren bereits im vergangenen Jahr in Mitleidenschaft gezogen worden. Jamaica, die Bahamas und andere Länder der Karibik kritisierten vehement – und für die USA ungewohnt offen und unverblümmt – Bushs' Entscheidung, den Irak anzugreifen. Auch mittels Lobbying versuchen beide Seiten Einfluss zu gewinnen. Aristide's Regierung gab seit 2000 fast 5 Millionen US \$ für amerikanischen Lobbyisten und Anwaltskosten aus. Im Gegenzug unterstützte die Bush Regierung die haitianische Opposition mit Steuergeldern über 1,5 Millionen US \$. Daher liegt der Verdacht nahe, die Bush Regierung habe die Opposition unterstützt, um Aristide's Einfluss zu untergraben. Robert Maguire, Direktor des Haiti Projektes am Trinity College in Washington, erhebt den Vorwurf, die USA hätten die Loyalität der Opposition erkaufen und vermutet, es wäre den Oppositionellen nahegelegt worden, nicht mit Aristide zu verhandeln. Aristide selbst beschuldigte die USA, man habe ihn mittels Lügen und Intrigen aus dem Amt als rechtmässig gewählten Präsidenten entfernen wollen.

Die Führer der fünfzehn CARICOM Nationen, inklusive Haiti, trafen am 25. März diesen Jahres in St. Kitts zusammen, um über die Anerkennung der haitianischen Übergangsregierung zu entscheiden.

Die Staaten diskutieren vor allem darüber, wie man Herr der nach wie vor unübersichtlichen Lage werden könne. Trotz hunderter von so genannten Peacekeepers im Land herrscht nach wie vor Chaos. Gangs und Rebellen verbreiten Schrecken und eine Welle der Gewalt. Die Geschichte scheint sich in regelmässigen Abständen in Haiti zu wiederholen: Papa Doc, Baby Doc, jetzt Aristide – korupte Politiker, drastische Armutsbilanzen, Analphabetentum, das Armenhaus der Welt, Haiti, kommt nicht zur Ruhe.

- **Strategieänderung: Pentagon will Militärbasen von Deutschland nach Osteuropa verlagern**

Nach neuesten Erkenntnissen wird der geplante Truppenabzug von US-Basen aus Deutschland weit umfangreicher ausfallen als bisher erwartet, berichtet die Washington Post, unter Berufung auf geheime Pentagon Informationen. Etwa die

Hälfte der 71 000 in Deutschland stationierten US-Militärs sollen abgezogen sowie viele der Militärbasen geschlossen werden. Neue Stützpunkte sollen in Rumänien, Bulgarien und Polen errichtet werden. Vorwiegend, um ein schnelles Eingreifen im Kampf gegen den Terrorismus und gegen feindliche Staaten gewährleisten zu können. Die weiter östlich, in Uzbekistan, Tadschikistan und Kirgisien, zur Unterstützung während des Krieges in Afghanistan errichteten Militärbasen, sollen erhalten und ausgebaut werden. Die Regierung wolle aber einige ständige Basen in verbündeten Ländern wie Deutschland, Großbritannien, Italien und Japan erhalten. Der umfangreichste Truppenabbau werde - laut Bericht - in Deutschland vollzogen. Mehr als 60% der dort stationierten Truppen sollen abgezogen werden. Ramstein, nach Ansicht der Militärs ein bedeutender Knotenpunkt im Verbindungsnetz, solle hingegen bestehen bleiben. Nach Informationen der Washington Post strebt das Pentagon des Weiteren eine dauerhafte Präsenz in Australien, sowie eine enge militärische Zusammenarbeit mit Thailand und Singapur an. Auch die Verbesserung militärischer Beziehungen und die Zusammenarbeit mit Verbündeten aus Osteuropa, Zentralasien, Afrika und Südostasien stehen auf der Agenda. Nach Angaben führender Regierungsbeamter könne die Planung noch zwei Monate in Anspruch nehmen, da Präsident Bush und seine National Security Berater Änderungen zu bewilligen sowie Einzelheiten mit Alliierten zu besprechen hätten.

Durch das Vorhaben des US-Militärs zeichnet sich ein umfassender Strategiewechsel ab. Die Truppenkonzentration wird reduziert, dafür aber entsteht eine höhere Anzahl kleinerer Stützpunkte, die ein dichteres Netz bilden. Diese Umstationierungen sind Teil einer umfangreichen Neuordnung der amerikanischen Streitkräfte, weg von grossen, voll kampfbereiten Basen aus Zeiten des Kalten Krieges, hin zu einem Netzwerk aus kleineren Positionierungen, näher an den potentiellen Krisenherden – im Mittleren Osten und den pazifischen Randgebieten. Diese dramatischen Veränderungen von Struktur und Lagerung der US-Streitkräfte, resultiere aus der Erkenntnis, dass sich Art und Herkunft potentieller Bedrohungen, seit Ende des Kalten Krieges, verändert hätten, sagt Douglas J. Feith, Undersecretary for Policy im Pentagon. Damals seien die Fronten klar geteilt gewesen, heute müsse man beweglich bleiben. Ein weiteres Argument seien die hohen Unterhaltungskosten. Das Pentagon gibt, nach eigenen Angaben, jährlich 7 Billionen US-Dollar für die Unterhaltung seiner Basen in Deutschland aus. Lawrence Korb, ehemaliger Assistance Secretary of Defense, bezweifelt jedoch ein rein kostenstrategisches Kalkül der gegenwärtigen US Regierung. Auch die Verlagerung der Truppen sei kostenintensiv, da veraltete Anlagen in Stand gesetzt, neue aufgebaut und die Regierungen der neuen Basisländer kaum Zuschüsse zur Unterhaltung der amerikanischen Camps beisteuern könnten. Anders derzeit der Fall in Deutschland, welches jährlich eine Billion US-Dollar beisteuere. „Davon abgesehen, sollte die Nähe zum Nahen Osten der einzige Grund für diese Verlagerungen sein, warum verbleiben dann 12 000 Truppen in Großbritannien, welches sogar noch weiter von den Krisenherden entfernt ist als Deutschland“, fragt Korb. Korb sieht ein anderes Motiv. Diese radikale Truppenauslagerung sei

als eine Art Bestrafung des alten Europa's und besonders Deutschlands zu verstehen. Dessen kritische Haltung und dessen Verweigerung, die US geführte Invasion im Irak zu unterstützen, sei das Hauptmotiv. Das Pentagon bestreitet vehement diesen Vorwurf. Die jüngsten Vorkommnisse hätten keinen Einfluss und man plane im Hinblick auf kommende Jahrzehnte. Nach Aussage des Pentagons seien deutsche Behörden über die vorliegenden Pläne informiert worden. Demgegenüber schien der deutsche Militärattaché in Washington, Oberst Carsten Jacobson, in einer ersten Stellungnahme eher überrascht über das Ausmass des amerikanischen Vorhabens. Einige Sicherheitsexperten kritisieren das Vorhaben der Bush Regierung. Allen voran Ashton Carter, ehemaliger Assistant Secretary for Defense. Für ihn sei das Projekt weder strategisch, noch auf die Auswirkungen auf Amerikas Verbündete sowie den amerikanischen Steuerzahler hin durchdacht.

Die Verlagerungen sollen bereits in den nächsten Monaten beginnen.

- **Die Transatlantische Allianz entwickelt sich weiter auseinander**
Eine neue Umfrage stellt weitere Verhärtung von anti-amerikanischen Einstellungen in Europa fest

Anti-amerikanische Einstellungen haben sich seit dem Irakkrieg in Europa, vor allem in Deutschland und Frankreich, und in muslimischen Ländern weiter verhärtet. Zu diesem Schluss kommt die neueste Studie "The Pew Global Attitude Project- A Year after Iraq War", die am 16. März dieses Jahres von dem unabhängigen amerikanischen Forschungsinstitut Pew Research Center for the People and the Press herausgegeben wurde (<http://peoplepress.org/reports/display.php3?ReportID=206>). Die Studie ist die umfassendste ihrer Art und beinhaltet Umfrageergebnisse aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland, Jordanien, Marokko, Pakistan, der Türkei und den USA, zu Einschätzungen der amerikanischen Außenpolitik. Die Umfragedaten wurden im Februar dieses Jahres erhoben.

Irakkrieg verschlechtert Amerikas Image

Iraq War's Impact on Terrorism Fight				
	(Vol.)			
	Helped	Hurt	effect	DK/ Ref
	%	%	%	%
U.S.	62	28	3	7
Britain	36	50	5	8
France	33	55	10	2
Germany	30	58	5	7
Russia	22	50	18	10
Turkey	24	56	8	12
Pakistan	8	57	6	29
Jordan	12	36	37	15
Morocco	16	67	8	9

gegenüber den USA in Deutschland von 61% auf 38% gesunken, mit einem Tiefstwert von 25% zu Beginn des Irakkriegs. Die Unterstützung für eine von den USA unabhängige europäische Außenpolitik ist in den letzten 2 Jahren stetig von 51% auf 63% gestiegen, liegt damit aber noch deutlich unter dem französischen Niveau von 75%. Nur in Großbritannien werden die USA durchgehend von ca. 50%-70% der Bevölkerung positiv berurteilt. Die Idee einer

Die Studie stellt fest, dass die Bevölkerung sowohl in Frankreich und Deutschland als auch in Russland und den befragten Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung- ein Jahr nach dem Irakkrieg- zu mehr als 50% glaubt, dass dieser Krieg den Kampf gegen den Terrorismus unterminiert und insgesamt geschadet hat. Skepsis und Distanz ist in den traditionellen amerikanischen Partnerländern Frankreich und Deutschland merklich gewachsen. Seit 2002 ist eine positive Einstellung

Transatlantic Tensions Unabated				
Support for an Independent European Foreign Policy				
	Apr 2002	Mar 2003	May 2003	Mar 2004
	%	%	%	%
Britain	47	48	45	56
France	60	67	76	75
Germany	51	52	57	63

U.S. Favorability Ratings				
	Summer 2002	Mar 2003	May 2003	Mar 2004
	%	%	%	%
Britain	75	48	70	58
France	63	31	43	37
Germany	61	25	45	38

unabhängigen europäischen Außenpolitik findet auf der Insel weit weniger Unterstützung als in den Kernländern der Europäischen Union.

Unterstützung des amerikanischen Kampfs gegen den Terrorismus

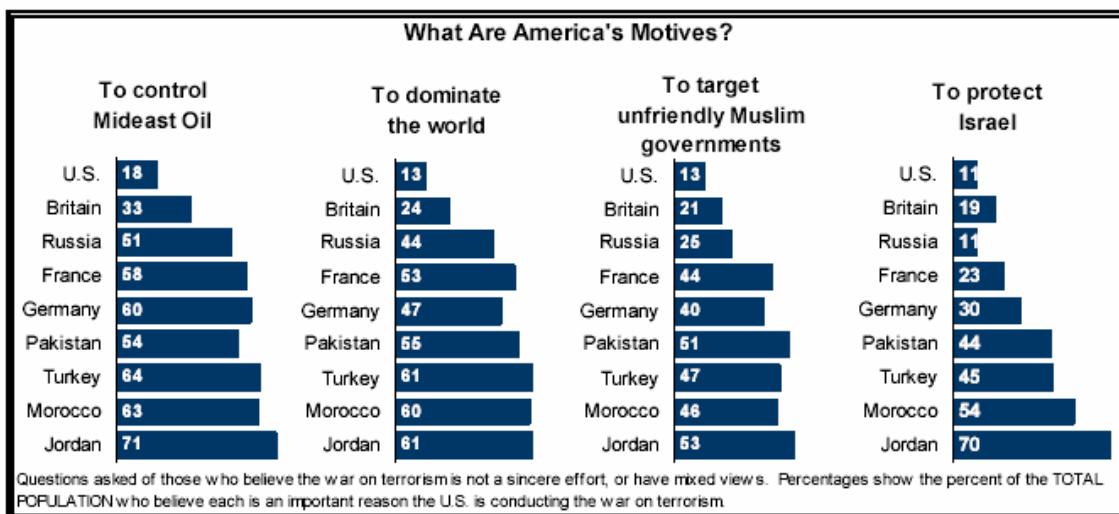
Deutschlands und Frankreichs Unterstützung für den Kampfs gegen den Terrorismus ist in den letzten zwei Jahren stetig um etwa 10% pro Jahr gesunken. Die grösste Unterstützung findet sich in der russischen Bevölkerung mit derzeit 73%, gefolgt von den Briten (63%) und dann von den Deutschen (55%). Nur noch die Hälfte der Franzosen unterstützen diesen Kampf. Etwa Dreiviertel der Bevölkerung in Marokko, Jordanien und Pakistan stehen ihm negativ gegenüber. Etwas mehr Unterstützung findet sich in der Bevölkerung des NATO-Partners Türkei.

Etwa die Hälfte der befragten Franzosen und Deutschen empfindet den Kampf gegen den Terrorismus als eine Überreaktion der Amerikaner (die Daten wurden vor dem Anschlag in Madrid erhoben). Auch hier erweisen sich die Briten als treueste Partner der Amerikaner. Unter dem Eindruck des fortdauernden Tschechenienkonflikts scheint die Mehrheit der russischen Bevölkerung den amerikanischen Kampf ebenfalls nicht als Überreaktion zu empfinden.

U.S. Overreacting To Terrorism		
	April 2002 %	March 2004 %
France	30	57
Germany	33	49
Britain	20	33
Jordan	--	76
Morocco	--	72
Pakistan	--	66
Turkey	--	55
Russia	--	34
U.S.	--	13

Krise der Glaubwürdigkeit

Die Amerikanische Außenpolitik hat, neben ihres Imageproblems in den muslimischen Ländern und den Staaten des Nahen Osten, vor allem einen

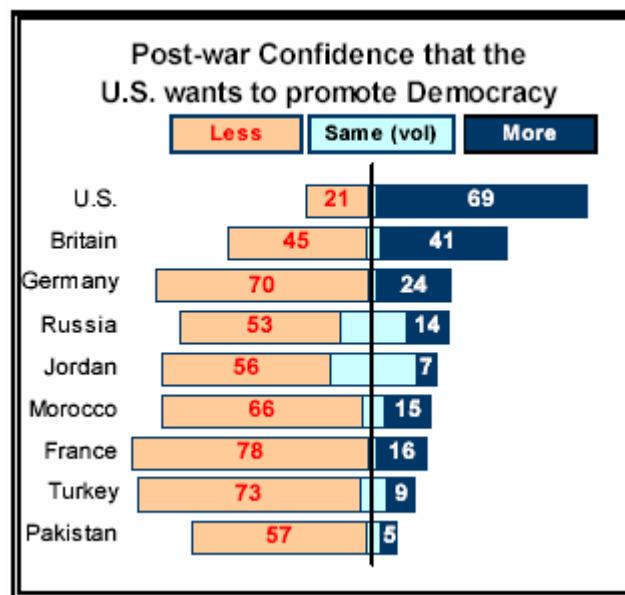


ernsthaften Verlust an Glaubwürdigkeit in den westlichen Partnerländern zu

verzeichnen. Eine solide Mehrheit glaubt, allen voran in Deutschland (60%), dass die USA den Kampf gegen den Terrorismus primär führen, um die Ölförderung im Nahen Osten zu kontrollieren und ihre weltweite Vormachtstellung auszubauen (47%). In dieser Einstellung werden die Deutschen nur noch von den Türken, den Marrokanern und den Jordanern übertroffen. Mehr als Zweidrittel der Deutschen (65% gegenüber 29%) bezweifeln die Ernsthaftigkeit des von den USA geführten Kampfs gegen den Terrorismus. Damit liegt die Skepsis der Deutschen noch knapp über der der Franzosen. Das Argument der Machterweiterung der USA findet vor allem in Frankreich Anklang (53%). Die Bevölkerung in den muslimischen Ländern unterstellt den Amerikanern, neben den genannten Motiven, vor allem die einseitige Unterstützung Israels sowie einen gezielten Kampf gegen amerikafeindliche Regierungen.

In Bezug auf Massenvernichtungswaffen im Irak sind sich 82% der Franzosen einig, dass die Regierungen Bush und Blair nicht nur über ihre Geheimdienste falsch informiert waren, sondern wissentlich gelogen haben, um einen Einmarsch im Irak zu rechtfertigen. In Deutschland wie auch in Jordanien sind 69% der Bevölkerung dieser Auffassung, in der Türkei sind es 66%, in Russland 61%.

Eine Erosion des Vertrauen in die Ambitionen der Amerikaner, langfristig die Entstehung von Demokratie weltweit und besonders im Nahen Osten fördern zu wollen, ist vor allem in Deutschland und Frankreich zu verzeichnen. In Deutschland geben 70% der Befragten an, dass sie ein Jahr nach dem Krieg im Irak weniger Zutrauen in Amerikas positive Absichten haben. In Frankreich sind es sogar 78%. Damit liegt das Misstrauen in die Demokratisierungsabsichten der USA in den westlichen Ländern höher als in allen befragten muslimischen Ländern.



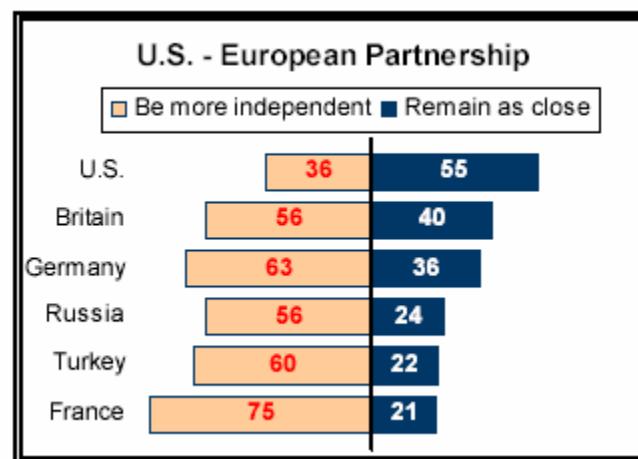
Einstellungen gegenüber der amerikanischen Bevölkerung

Ein gemeinsamer Negativtrend in der Bewertung amerikanischer Politik lässt sich in der westlichen wie in der muslimischen Welt feststellen, zwischen den Einschätzungen der amerikanischen Bevölkerung bestehen jedoch deutliche Unterschiede. In Europa findet sich eine eindeutige Differenzierung zwischen den USA als Nation und ihrer aktuellen Politik einerseits und dem Ansehen der amerikanischen Bevölkerung andererseits. Das Ansehen der Amerikaner hat in

den Augen der Europäer wenig Schaden genommen. Besonders in Deutschland stagniert deren Beliebtheit auf einem hohen Niveau (68%). Ein deutlicher Rückgang lässt sich nur in Frankreich (von 71% auf 53%) verzeichnen. Diese Entwicklung sieht in den muslimischen Ländern ganz anders aus. Vor allem in Marokko und Jordanien ist ein deutlicher Negativtrend festzustellen. Ein konstantes Drittel in der Türkei bewertet die Amerikaner positiv. In Europa scheint sich eine weitere negative Entwicklung abzuzeichnen; so sind die Einstellungen gegenüber den Amerikanern in jüngeren Altersgruppen deutlich negativer als unter den älteren.

Europas Rolle als Gegengewicht zu den USA

Über die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft ist man auf beiden Seiten des Atlantiks geteilter Meinung. Die Franzosen sind die stärksten Befürworter einer Entwicklung hin zu einer von den USA unabhängigeren europäischen Außenpolitik. Diejenigen 63% der deutschen Bevölkerung, die eine unabhängigere europäische Außenpolitik befürworten (siehe 1. Graphik S.1), unterstützten auch eine Lockerung der Beziehungen zu den USA. Nur die Amerikaner schätzen mehrheitlich das Weiterbestehen einer engen Partnerschaft mit Europa. Russland und die Türkei würden ebenfalls ein von den USA unabhängigeres Europa begrüssen.



Eine deutliche Mehrheit der befragten europäischen Bevölkerung befürwortet eine Stärkung der außenpolitischen Bedeutung der EU, um zu den Amerikanern aufzuschliessen. In Frankreich ist diese Meinung Konsens, in Deutschland wird sie von mehr als Zweidritteln der Bevölkerung geteilt, und in England stimmen 50% zu. Eine Mehrheit in den befragten Ländern würde eine stärkere EU auch dann bejahren, wenn Europa die Kosten wachsender Verantwortung tragen müsste. In den USA würde ein Drittel dies positiv bewerten, während 50% darin eine negative Entwicklung sähen. Eine stärkere EU erscheint jedoch auch den Europäern nicht als Allerheilmittel für eine verbesserte weltweite Sicherheitslage. Lediglich in Frankreich meint eine schmale Mehrheit, die EU als Gegengewicht zu den USA würde die Welt sicherer machen. In den restlichen Ländern ist die Bevölkerung darüber gespalten, die befragten muslimischen Länder würden einen weiteren Machtzuwachs der westlichen Welt klar ablehnen.

Bewertung der Rolle der Vereinten Nationen

In Bezug auf die Autorität der Vereinten Nationen gegenüber einzelnen Staaten divergieren die öffentlichen Meinungen in Europa und den USA ebenfalls. Eine klare Mehrheit in den westeuropäischen Ländern glaubt, dass ihre Regierung die Zustimmung der Vereinten Nationen braucht, bevor sie auf eine internationale Bedrohung reagieren kann. Die amerikanische Bevölkerung ist darüber geteilter Meinung: 41% unterstützen ebenfalls diese Sichtweise, 48% halten diese Forderung für kaum durchsetzbar. Russland und die muslimischen Länder sind den Amerikanern in dieser Frage wesentlich näher als den Westeuropäern. Allerdings steht die Mehrheit der befragten muslimischen Bevölkerung den Vereinten Nationen negativ gegenüber.

Reaktionen auf die Ergebnisse der Studie in den USA

Die Veröffentlichung der Studie hat in Vereinigten Staaten für einige Schlagzeilen gesorgt. Andrew Kohut, Direktor des Pew Centers, sieht in den Befunden eine dramatische Entwicklung und betont in verschiedenen Interviews mit amerikanischen Zeitungen, dass die Ergebnisse seiner Studie nicht nur auf ein Verprellen befreundeter Länder, sondern auf eine langfristige Abkoppelung Europas von den USA hindeuten. Verschiedene Journalisten kritisieren die Ignoranz der Regierung Bush gegenüber den Sichtweisen europäischer Partnerländer sowie Umgang und Stil der aktuellen amerikanischen Außenpolitik.

Der Council on Foreign Relations hat in Reaktion auf die Pew- Studie den Kommentar einer von dem ehemaligen Außenminister Henry Kissinger geführten Arbeitsgruppe veröffentlicht. Darin warnt der Expertenkreis vor den Gefahren eines amerikanischen Unilaterismus. Es wird festgestellt, dass die Herausforderungen an die Transatlantische Partnerschaft seit dem Ende des Kalten Krieges komplexer und facettenreicher geworden seien. Damit würden amerikanische und europäische Sicherheitsinteressen weniger klar übereinstimmen, und in einigen Fragen werde sich kaum ein Konsens erreichen lassen. Da es momentan keinen eindeutigen Feind gebe, auf den sich amerikanische und europäische Interessen fokussieren könnten, kann die heutige Transatlantische Partnerschaft nicht nur ihr historisches Vorbild imitieren, sondern muss sich vielmehr an den neuen Herausforderungen weiterentwickeln. Am Ende hätten Amerika und Europa aus einer Partnerschaft jedoch sehr viel mehr zu gewinnen als ein neutraler Status oder ein Konkurrentenverhältnis bieten könnte.